Nichts sind es mit der Kommunistischen Arbeiterpartei. Ihre Vorsitzer waren in Wirklichkeit die neugewählten Vorstandsmitglieder der alten Sozialistischen Partei. Die Gültigkeit ihrer Wahl wurde jedoch bestritten, da der alte Vorstand 49 000 Mitglieder wegen zu weitgehenden „Radikalismus" aus der Partei für ausgeschlossen erklärt hatte. Auf der jüngsten Konferenz der Sozialistischen Partei wurden sie von dem nicht ausgeschlossenen Rest der Partei nicht anerkannt und so hielten sie, zusammen mit einem Teil der Delegaten, die mit ihnen aus der Parteikonferenz weggingen, eine eigene Konferenz, in der sie sich zwar als die allein rechtmäßige Sozialistische Partei gebärdeten. Als hies schließlich, daß zu findisch ansieht, und um der Gründung einer kommunistischen Partei zuvorzukommen, die auf einer einen Tag später einberufenen Konferenz vor sich zu gehen hatte, erklärten sich die „rechtmäßigen Sozialisten" als Kommunistische Arbeiterpartei. Alle Unterhandlungen zwischen den Konferenzen der beiden kommunistischen Parteien zerschlugen sich, da die KAP., auf dem Standpunkt stand, daß die kommunistische Bewegung in Amerika „amerikanisiert" werden müsse.

Dieser Teil der Vorgeschichte und noch etwas mehr ist wichtig zu wissen, um den heutigen traurigen Stand der kommunistischen Bewegung Amerikas zu begreifen. Nicht bloß der Vorstand der alten Sozialistischen Partei hatte, um zu retten, was zu retten war, rechtzeitig Aktion ergriffen, auch die Regierung tat ein Gleiches. Nach drei Monaten saßen Tausende von Kommunisten in den Gefängnissen. In der Nacht vom 2. zum 3. Januar 1920 allein wurden an 4000 verhaftet. Mitglieder der Kommunistischen Partei, Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei und selbst Mitglieder der Sozialistischen Partei. Wahllos waren die Verhaftungsbefehle ausgestellt worden gegen alles, was in den Orten ihres Wütens als „Radikale" bekannt waren. In Ausführung dieser Hatz war die Regierung des Landes gezwungen, sich eingehender mit dem Wesen und dem Inhalt der drei genannten Parteien zu beschäftigen und ihre Entscheidung war, daß die Sozialistische Partei eine gesetzliche politische Partei sei wie irgeneine andere politische Partei des Landes. Die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Arbeiterpartei wurde als kein Verbrechen an sich bezeichnet, wohl aber die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei. Wer dieser Zugehörigkeit überwiesen werden konnte, den traf die ganze Schwere der Justizmillitär und der Brutalität der administrativen Verfügungen.

Nach dieser ersten Feuerprobe war die Zahl der in den Gerriebe der Parteien ohnehin noch nicht eingefügten Mitglieder beider Parteien furchtbar zusammengeschmolzen. Von 80 000 Mitgliedern waren kaum 20 000 verblieben. Und auch diese hatten zum Teil die ungeheuere Ausdehnung des Landes spielte dabei mit eine Rolle — ihre direkten Verbindungen mit den von Stadt zu Stadt wandernden Parteihauptquartieren verloren. Untergrundarbeit war die allein mögliche Parteiarbeit. Eine Untergrundorganisation war aber etwas so total „unamerikanisches", daß die Sucht, einen Ausweg zu finden, einen Spalt in der Komm. Partei brachte. Der noch vorhandene Rest der Kommunistischen Arbeiterpartei vereinigte sich mit dem „undogmatischen" Teil der Kommunistischen Partei zu einer neuen Partei, zur United Communist Party (Vereinigte Kommunistische Partei). Gewonnen hat die kommunistische Bewegung des Landes dabei nichts. Anfänglich im Bestande von 12 000 Mitgliedern, fand die Mitgliederzahl der neuen Partei sehr bald auf 6000 und bei 7000 nie mehr überschritten. Bei der im Juni dieses Jahres stattfindenden Vereinigung der Vereinigten Kommunistischen Partei mit dem Rest der Mitglieder der ursprünglich gegründeten Kommunistischen Partei hatten beide zu vereinigenden Gruppen jede etwas über 6000, beide zusammen nur etwa 12 000 Mitglieder.

Das wäre an sich noch kein Unglück, die Verhältnisse sind dem Aufbau einer starken kommunistischen Bewegung in Amerika heute günstiger denn jemals. Wenn nur mit der Vereinigung auch wirklich eine Einigung erreicht wäre. In Wirklichkeit ist durch die „Vereinigung" ein Kampf um die Macht entbrannt, wie er schlimmer nicht sein könnte. Die aus der Partei der „rechtmäßigen" Sozialisten stammende Gruppe, die sich eine Zeit Kommunistische Arbeiterpartei nannte, verfügt über eine in der englischen Sprache reduzierte und schriftstellerisch außerordentlich beliebte Führerschaft, und sie haben es sich in den Kopf gesetzt, unfaßt die Arbeiterklasse zu revolutionieren, die kommunistische Bewegung zu „amerikanisieren"! Was das heißt, darüber soll in einem späteren Artikel geschrieben werden. Um mit diesem Bericht die Grenze des Angängigen nicht zu überschreiten, soll abschließend nur gesagt werden, daß Amerika eine starke kommunistische Bewegung jetzt erreichen könnte, da der Boden hierfür durch die Brutalität der Kapitalistischen Diktatur bereitgestellt ist, sie aber durch die nun allein bestehende Kommunistische Partei Amerikas, Sektion der 3. Internationale, nicht erhalten kann. In ihrer Kleinheit krankt sie an einem Uebermaß an „Führern", die sich alle berufen fühlen, „Größen" zu sein. Das ist ein traurige Tatsache, nichts destoweniger ist sie aber eine Tatsache. Und ihre Nichtachtung mag von weittragenden Folgen für die Revolution in Europa sein!

Aus der Internationale

Ansprache des Genossen Bodanoff (Bulgarien) an den Parteitag der KAPD.

Liebe Genossen!

Ich bin sehr glücklich, daß ich heute auf eurem Parteitage anwesend sein kann, wir begrüßen euch und durch euch alle Arbeiter Deutschlands, die in der KAPD. organisiert sind im Namen der Linken der Kommunistenpartei Bulgariens.

Wir sehen euren Parteitag als historischen Kongreß an, und deswegen erwarten wir, daß er ernst und sachlich bleiben wird. Er ist darum geschichtlich, weil er verpflichtet ist, den Generalkampf und Antwort zu geben an den vor kurzem beendeten dritten Kongreß der 3. Internationale, welcher uns nicht die Möglichkeit gab, frei aufzutreten und unsere Positionen zu verteidigen und welcher noch einmal sein opportunistisches Gesicht bestätigt hat.

Bis dahin haben wir linken revolutionären Elemente geglaubt, daß wir eine starke Opposition in der 3. Internationale organisieren könnten, um auf diese Weise sie zu revolutionisieren, um sie wirklich zum Generalstab der Weltrevolution zu machen. Wir haben uns getäuscht.

Auf dem 3. Kongreß haben wir verstanden, daß wir diese Internationale nicht revolutionieren können, und daß sie immer mehr und mehr opportunistisch erscheint.

Wir haben gesehen, daß sie große Massen, auch nichtkommunistische braucht, daß sie aber keine linken Elemente, die wirklich revolutionär sind, haben will.

Auf diesem Kongreß der Führer der 3. Internationale wurde die Politik der russischen Sowjetregierung durchgeführt und damit bewiesen, daß die Internationale aufgehört hat, Organisation des Weltproletariats zu sein, sie stellt nur die russische Nationalorganisation dar.

Sie haben klar und deutlich uns gesagt, daß wir linken Kommunisten, welche die revolutionäre Taktik durchführen wollen, die die Weltrevolution beschleunigen wollen, nicht mehr in den Reihen ihrer Internationale sein dürfen und daß sie für uns die Plätze in den Gefängnissen bereiten.

Und wirklich, in ihren Reihen können nur solche Leute sein wie Brandler, Schmeral, Klara Zetkin und Schablin, der als Vertrauensperson bei dem bulgarischen Zar Ferdinand fungierte.

Auf diesem Kongreß gingen uns die Augen auf, daß es für das Weltproletariat notwendig ist, von neuem an die Bildung einer internationalen Zusammenschlusses zu denken. Zu diesem ist unbedingt notwendig enorme Kraft und Kampfanwendung, schon auf mehreren Fronten. Zur Führung dieses Kampfes muß ein gesunder Kern vorhanden sein, um den sich dann alle zerstreuten Kräfte der Proletariat der Welt sammeln können.

Wir bulgarischen linken Kommunisten fühlen uns glücklich, daß dieser Kern schon geschaffen ist in Gestalt der KAPD., welche schon genug während ihres anderthalbjährigen Bestehens bewiesen hat, daß sie reine revolutionäre Taktik führt, mittels der sie das deutsche Proletariat in entscheidende Kämpfe führt, welche mit Niederlagen endeten, dank dem Verrat von seiten der KPD., Sektion der 3. Internationale. Zu diesem Kern hat sich auch die junge Kommunistische Arbeiter-Partei Hollands angeschlossen.

Darum müßt ihr auf diesem historischen Parteitage eure Positionen prüfen, verstärken und dann an Gründung eines neuen internationalen Zusammenschlusses denken.

Unsere Meinung ist: je schneller das geschehen wird, um so besser. Wir erklären, daß wir in nächster Zukunft dem Beispiele der holländischen Genossen folgen werden und daß wir bei uns eine wirkliche Kommunistische Arbeiter-Partei gründen werden.

Also ernste und sachliche Arbeit, Genossen Delegierte, bewußt, daß wir nicht als Phrasendrescher hier erscheinen.

Mit euch zusammen wollen wir sagen: Es lebe der neue internationale Arbeiterzusammenschluß.

Es lebe das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt. Zum Schluß bitte ich euch noch einmal, die Arbeiter der KAPD. zu grüßen und mitzuteilen, daß sie bald nicht mehr allein sein werden.

Begrüßungsschreiben der schwedischen Jungsozialisten

Stockholm, den 10. September 1921.

Liebe Freunde!

Durch schlechte Postverbindungen ist Ihr Brief mit Einladung an den Kongreß verspätet angelangt. Leider können wir nicht Repräsentant senden. Die Lage in Schweden ist jetzt sehr schlecht. Die Arbeitslosigkeit umfaßt etwa 100 000 Menschen. Wir senden Ihrem Kongreß solidarische Grüße. Wir stehen so wie Sie in Opposition gegen die 3. Internationale! Wir danken Ihnen herzlich für die Einladung, bedauern, daß wir nicht anwesend sein können, und hoffen, daß der Kongreß Beschlüsse fassen wird, die im Einklang mit unserer Anschauung stehen werden. Kameraden! Glück auf zum Kampf gegen die Tarnung einer Kartellversuch!

Mit solidarischen revolutionären Grüßen!

Für Sveriges Ungsocialistiska Partei.

C. J. Björklund.

Aus der Partei

Zur Warnung und Aufklärung!

Die Gesamtdelegation der Allgemeinen Arbeiter-Union zum Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale sendet uns aus Petersburg vom 15. September 1921 folgende Mitteilung:

„Werte Genossen! Wettermeld und Franz Jung haben einen „Aufruf an die Mitglieder der KAPD. im Namen der in Rußland sich befindenden KAPD.-Genossen" veröffentlichen. Soweit wir hier informiert sind, steht keiner der hier anwesenden KAPD.-Genossen hinter diesem Aufruf. Und auch russische Genossen, die nicht auf unserem Boden stehen, aber auf Anstand im politischen Kampf halten, verurteilen die Handlungsweise dieser beiden. Wettermeld ist der eigentliche Urheber dieses Machwerks; und welch niederen materiellen, rein persönlichen Interessen der Aufruf entstanden ist, lassen wir ihn selbst sagen (Brief Wettermelds an seine Frau). Originalbrief liegt bei; Abschrift haben wir behalten. Wir als Delegation der AAUD. erklären, daß das Manifest des Wettermeld sich schmutziges Machwerk ist, in der Absicht geschrieben, handelt ein der Genossen-Mißtrauung persönliche Vorteile zu ergattern. Näheres werden wir darüber mitteilen, wenn wir zurückkommen.

Mit kommunistischem Gruß!

Delegation der AAUD.

Vier Unterschriften."

Wir machen die Parteigenossen auf die Machenschaften dieses beiden Genossen aufmerksam, indem wir zugleich erklären, daß wir außerdem Material gegen den Genossen Wettermeld zugesandt erhalten, das einen offenen, niederträchtigen Verrat an der KAPD. und der proletarischen Revolution seitens des Genossen Wettermeld darstellt. Wir werden schleunigst eine Untersuchung und entsprechende Maßnahmen gegen die beiden Genossen veranlassen.

Gesch. Hauptausschuß der KAPD.

Mitteilungen

8. Bezirk. Freitag, den 30. September: Mitgliederversammlung bei Loser, Lausitzer Str. 25. Tagesordnung wird dort bekannt gegeben. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen oder sich vorher entschuldigen.

11. Bezirk. Laut Beschluß der Funktionäre des 11. Bezirks sind die Mitgliedbücher zur Kontrolle einzureichen. Die Gruppenkassierer werden aufgefordert, die Karten bis zur Mitgliederversammlung einzubehalten. Die Funktionäre des 11. Bezirks.

15. Bezirk. Mitgliederversammlung am Freitag, den 7. Oktober abends 7½ Uhr in Tegel, Schönberger Str. Ecke der Hauptstraße Lokal von Bondzki.

Schöneberg 12. Bezirk. Freitag, den 30. September Mitgliederversammlung bei Baum, Apostel Paulusstr. 33.

Rote Jugend, Nr. 8

soeben erschienen!

Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend Deutschlands

Verantwortlicher Redakteur A. Horn, Berlin. Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roster, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Offentliche Quittung der K.A.A.A.

für die Zeit vom 1. Juli bis 31. August 1921.

Auf Sammellisten

[illegible]

Abrechnung der Vereinigten revolutionären Unterstützungs-Kommission

Juli 1920.

Einnahme	M.	Ausgabe	M.
Bestand am 1. Juli 1921	19 737,05	Für Unterstützung wurde gezahlt	6 200,— M.
Auf Listen gingen ein	15 432,80 M.	Für Rechtshilfen	15 594,— „
Aus den Unterbezirken Gr.-Berlin	483,70 „	Diverse Ausgaben	313,80 „
Erlös durch Verkauf von Postkarten	1 600,50 „		22 107,80
Erlös durch Verkauf v. Sammelmarken	520,— „	Bestand am 1. August	22 869,05
Vom Reichsausschuß überwiesen	7 000,— „		
	25 239,80		
	44 976,85		44 976,85

August 1921.

Einnahme	M.	Ausgabe	M.
Bestand am 1. August 1921	22 869,05	Für Unterstützung wurde gezahlt	6540,— M.
Auf Listen gingen ein	3 526,05 M.	Für Rechtshilfen wurde gezahlt	1081,80 „
Aus den Unterbezirken Gr.-Berlin	2 313,05 „	Den Mairkommissionen überwiesen	3000,— „
Erlös durch Verkauf von Postkarten	355,— „	Fahrgeld und Entschädigungen	780,— „
Erlös durch Verkauf v. Sammelmarken	1 500,— „	Porto und diverse Ausgaben	50,70 „
Vom Reichsausschuß überwiesen	12 195,80 „		12 412,—
	19 992,20	Bestand am 1. September 1921	30 449,25
	42 861,25		42 861,25

Berlin, den 1. September 1921.

Der geschäftsführende Ausschuß der AAUD.

Nr. 234 — Preis 40 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 40029; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 106000. — Versand unter Streifband: für Berlin 5,50, nach auswärts 6,—, nach dem Ausland 9,— monatlich

Int. Instituut v. Geschiedenis Amsterdam

Die Konzentration des Weltkapitals

Die ganze Welt steht in dem Zeichen der Einigung der Bourgeoisie aller Länder zur Festigung ihrer Ausbeutermacht gegen die Arbeiterklasse. Dollarhausse und Markflurz, Börsenspekulation und Preissteigerung, Zaögung der Schwerindustrie in München und sozialdemokratischer Parteitag in Görlitz, Völkerbundsdebatten in Genf und internationale Abrüstungskonferenz in Washington — all' das sind nur Erscheinungen und Stufen in dem gewaltigen Entwicklungsprozeß des internationalen Kapitalismus, dessen charakteristisches Kennzeichen und unabwendbare Tendenz die Konzentration des Weltkapitals ist.

Die Konzentration des Weltkapitals, d. h. die Vereinigung und Zusammenfassung der Rechtstitel auf die Produktionsmittel der ganzen Welt in den Händen einer immer kleineren Zahl von Kapitalisten, ist die wirtschaftliche Plattform, der ökonomische Untergrund des wilden Börsenfiebers ebenso wie all' der anderen Erscheinungen, über deren Unmoralität kleinbürgerliche Schwachköpfe oder kapitalistische Gauner sich entrüsten, denen das Proletariat jedoch nur mit dem bittersten Kampf zu entgegnen vermag.

Das Wesen und die Grundlage des Kapitalismus ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das Privateigentum scheidet die Menschheit in die beiden einander unversöhnlichen Klassen: Bourgeoisie und Proletariat — nichts. Aber nicht jeder Bourgeois besitzt ein gleiches Stück Privateigentum, die Anteile seines eingenen am Privateigentum der Welt sind ganz verschieden groß. Daher rühren die Konflikte, die fortgesetzten politischen Streitigkeiten innerhalb der Klasse der Bourgeoisie selbst.

Die allgemeine Entwicklungstendenz des Kapitalismus geht ihren konsequenten Gang in der Form, daß immer ein Kapitalist das Privateigentum des andern auf sich zu reißen sucht, wobei meist die kleineren Kapitale durch die größeren aufgefressen werden, so daß also eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten Besitzerin der gesamten Produktionsmittel wird und der übrige Teil der Menschen in die Klasse des Proletariats hinabgestoßen wird.

Diese wirtschaftliche Konzentration des Kapitals hat ihre bestimmten politischen Folgerungen. Die Bourgeoisie schafft sich ihre politische Organisation, d. h. ihr Staatsapparat, entsprechend der Reichheit und Form ihres Privateigentums.

In den Jahrzehnten vor dem Kriege hatte das Kapital seine politische Organisation bis zu der Form des nationalen Staates entwickelt, nur ganz schwache Ansätze zu internationalen Formen waren aufgetreten. Der Krieg und sein Ausgang ist nichts anderes als der Versuch des Kapitals, die nationalen Staatsformen zu sprengen und über den nationalen Staat hinaus internationale Staatsorganisationen ins Leben zu rufen. Dies und nichts anderes ist der Kernpunkt aller Streitfragen der Bourgeoisie unter sich.

Das ganze Problem der „Wiedergutmachung" und des „Wiederaufbaus" liegt nicht darin, die alten Verhältnisse wiederherzustellen, sondern ganz neue Verhältnisse zu schaffen. All die Erscheinungen, die sich vor dem Kriege innerhalb des nationalen Rahmens der einzelnen Staaten herausgebildet haben, sollen jetzt internationalen Umfang und internationale Formen erhalten. Das ist das fundamentale Resultat des Krieges.

Wenn an der Börse der Dollar in die Höhe springt und die deutsche Mark von Tag zu Tag auf der Leiter der Valuta einige Stufen tiefer steigt, so erkennt man hieraus die Schnelligkeit und das Tempo, in welchem sich diese Entwicklung vollzieht. Die Vorgänge an der Börse, über die sich die bürgerlichen „Sachverständigen" ihre ohnehin schon brüchigen Köpfe zerbrechen, beweisen am besten den entschlossenen Willen des Weltkapitals, mit den alten Formen zu brechen.

Die Mark ist bereits unter den „Wert" von drei Pfennig gesunken. Das ist nicht verwunderlich: Der Valutafuß der deutschen Mark ist praktisch zu erklären aus der Verpflichtung der deutschen Regierung, die Wiedergutmachungssummen in Dollars zu begleichen, und der sich daraus für sie ergebenden Notwendigkeit, Dollars an der Börse einzukaufen. Je größer die Nachfrage, desto höher der Preis! Wenn man einmal hinter die Kulissen der „Wiedergutmachung" schaut, so erkennt man auch deutlich die Zusammenhänge: Das deutsche Kapital wird gezwungen, von Zeit zu Zeit eine bestimmte Summe „Goldmark" an die Bourgeoisie der siegreichen Staaten zu zahlen. Mit Hilfe dieses Geldes kauft sich dann die Bourgeoisie der siegreichen Staaten die Produktionsmittel in Deutschland, und zwar systematisch eine Fabrik nach der anderen, ein Unternehmen nach dem anderen.

Indem so die Besitztitel, das Anrecht an den Produktionsmitteln in Deutschland durch die Aktienkäufe an der Börse immer mehr ins Ausland hinüberwandern, verliert der deutsche Staat seine Selbstständigkeit, wird langsam zu einer Filiale des internationalen Kapitals umgebaut und in den Bahnen des internationalen Weltkapitals, dessen eigentliche Machthaber in London und New York sitzen, eingeleitet.

Dieses Manöver, das von der deutschen Regierung unterstützt wird (der Minister Rathenau bezeichnete schon vor ca. 1½ Jahren als Direktor der AEG. die großen Aktienverkäufe dieses Konzerns an amerikanische Kapitalisten als „Pioniergeschäft"), kann nur durchbrochen werden durch die proletarische Revolution in Deutschland. Wenn sich das deutsche Proletariat nicht noch zur rechten Zeit zu dieser Tat aufraffe, so wird dieser „Ausverkauf Deutschlands" weiter fortgesetzt werden, und zwar bis zu dem Grade der gänzlichen Ausplünderung.

Dann wird die Mark entwertet sein und bis an die äußerste Grenze um den Nullpunkt herum sinken müssen. Denn die Zerstörung und letzte Notwendigkeit für das Weltkapital ist die Festlegung einer gleichen einheitlichen Währung über die ganze Welt. Wie war heute einem halben Jahrhundert in dem Deutschland der Kleinstaaterei all die Taler, Kreuzer, gute Groschen und Silbergroschen herum, damit die deutsche Bourgeoisie mit der einheitlichen Mark ihren Profit um so bequemer berechnen konnte, so liegt es in der Entwicklung des Kapitalismus nach dem Kriege, auch die Mark, Franken, Rubel usw. einzustampfen und aus ihnen einen einheitlichen Gesichtsein zu fabrizieren als Zeugnis dafür, daß nunmehr die Ausbeutung des Proletariats über die ganze Welt einheitlich „geregelt" sei.

Zugleich geht das Weltkapital schon heute daran, die ersten Versuche zur Überwindung seiner nationalen Beschränktheiten zu unternehmen. Das nationale Kapital braucht einen nationalen Staat, um das arbeitliche und revolutionäre Proletariat seines Landes zu unterdrücken. Das internationale Kapital braucht solch' eine Staatsmaschine im internationalen Weltformat.

Je mehr sich das Privateigentum an den Produktionsmitteln der ganzen Welt an einer Stelle konzentriert, desto mehr schwinden die nationalen Gegensätze; denn die Bourgeois hat kein Interesse daran, sein eigenes Privateigentum in dem einen Lande gegen sein eigenes Privateigentum in dem anderen Lande ausspielen, d. h. sich selbst durch sich selbst zu morden.

Wie in dem Deutschland der Kleinstaaterei die heranwachsende Bourgeoisie den einzelnen Staaten allmählich das Recht zu selbstständigen Handeln, zum Kriegführen gegeneinander entzog, so wird das Weltkapital den einzelnen nationalen Staaten die nationale Selbstständigkeit nehmen und die blutigen Auseinandersetzungen unterbinden, die kapitalistischen Kriege verhüten.

Das Weltkapital ist klug genug, diesen Weg zu beschreiten. Haager Konferenzen, Völkerbund, Washingtoner Abrüstungskonferenz sind Etappen auf diesem Wege. In Deutschland ging die kaiserliche Armee die Uniformen eine weil so eng nicht mehr gebraucht war. Die Elite war ein gewaltiges und diffiziöses Instrument zur Knebelung der Proletariats. Dieser „Errungenschaft" der deutschen Bourgeoisie" ist internationaler Charakter an die Seite zu stellen, d. h. jene große internationale Polizei zu organisieren, in der die deutsche Elite nur eine Kompagnie ist, bei sich das Weltkapital bereits zum Teil gesetzt.

Die Einheitsfront der Konterrevolution mit Bayern hergestellt

Von Anbeginn an haben wir erklärt: der von Herrn Dr. Wirth unter dem Jubel des gesamten sozialdemokratischen Kleinbürgertums eingeleitete Kampf gegen Bayern und die monarchistische Reaktion war weiter nichts als ein Trick, um die einzig realen Klassengegensätze in Deutschland, die zwischen Kapital und Arbeit bestehen, künstlich im Hintergrund verschwinden zu lassen. Wir haben jetzt vom Träger dieser Politik, dem Herrn Reichskanzler selbst und seinem getreuen Paladin, Herrn Philipp Scheidemann, die Bestätigung erhalten. Herr Dr. Wirth sagt es ganz rund heraus, daß die Reichsregierung gezwungen gewesen sei, gegen das Treiben der Deutschnationalen mit gesetzlichen Mitteln einzuschreiten, weil sonst zu befürchten stand, daß die Arbeitermassen auf „ungesetzlichem" Wege, nämlich auf dem Wege der Revolution, Volksjustiz geübt hätten. Und der Reichskanzler meint, daß eine solche Revolution wohl anders ausgefallen wäre als die im November. Freilich, die Revolution, die jetzt in Deutschland zum Ausbruch kommen könnte, kann nur eine proletarische sein. Die aber muß mit allen Mitteln verhütet werden. So war der Mord an Erzberger und der damit zutage getretene Konflikt zwischen Bayern und dem Reich eine erwünschte Gelegenheit für die Reichsregierung, den weit schwereren Konflikt zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zu begraben unter der Parole: Kampf gegen Bayern und die Reaktion. Von Tarnung an Tarnung wird heute das proletarische Einheitsfront zum Schutze von Republik und Demokratie ist weiter nichts als die Einheitsfront der Arbeiterklasse und Bourgeoisie zum Boden der Demokratie, d. h. auf dem Boden der bürgerlichen Klassenherrschaft zum Zwecke des kapitalistischen Wiederaufbaues. Daß sich die KAPD. an diesem Schwindel beteiligen würde, war lange vorauszusehen. Wo irgendwo an eine reformistische oder pazifistische, also konterrevolutionäre Forderung des Tages „anzuknüpfen" ist, wird eine solche Gelegenheit von Herrn Dr. Thalheimer unweigerlich benutzt zum Schaden der proletarischen Revolution.

Man muß sich einmal die Dinge im Reichstage oder in den einzelnen Parlamenten genauer ansehen, um zu begreifen, auf welcher abschüssigen Bahn die deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale angelangt ist. Das Bild im Reichstage anläßlich der deutschnationalen Interpellation über die Verordnung der Reichsregierung vom 29. 8. trug ganz unzweideutig den Charakter einer gemeinsamen Front von Stinnes bis Stoecker gegen die „Reaktion". Wir erinnern uns noch gut jener Debatten im alten Spartakusbund vor dem Heidelberger Parteitag, wo dem Parlamentarismus wieder das Terrain erobert werden sollte. Damals erklärte Paul Levi vor den Berliner Funktionären, daß es für eine kommunistische Reichstagsfraktion natürlich nicht darauf ankäme, auf die Deutschnationalen loszuhauen, sondern auf die Berater am Proletariat, Scheidemänner und Unabhängige. Wir haben schon damals auf die Illusion aufmerksam gemacht, die — wenn sie ehrlich ist. — eben eine kolossale Dummheit bleibt, die Illusion nämlich, in irgendeinem Parlament heute in der Situation nach dem Weltkriege noch revolutionäre Politik, die Politik des proletarischen Klassenkampfes zu betreiben. Jede parlamentarische Partei muß heute am kapitalistischen Wiederaufbau in irgendeiner Form teilnehmen und sei es in der Form der Opposition. Aber niemals kann es sich hier um eine grundsätzliche Opposition gegen das kapitalistische System selbst handeln, niemals um einen Kampf gegen den bürgerlichen Staat und seine jetzige Ausbeutungsform: die Demokratie. Der Kampf gegen Kapitalismus und bürgerlichen Staat kann nur noch außerhalb des Parlaments geführt werden. Gerade das Kapital: Bayern hat wieder einmal einen eklatanten Beweis erbracht für die unvermeidlichen Wirkungen der parlamentarischen Politik. Nicht der Klassenkampf zwischen Bürgertum und Proletariat steht im Vordergrund auf der Tagesordnung, sondern der Scheinkampf der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Demokratie gegen die „Reaktion". Die Parlamentspolitik der verunstalten „kommunistischen" Massenpartei hat weniger dem Klassenkampf als vielmehr der Abschwächung der Klassengegensätze gedient. Die Parlamentskommunisten stehen nunmehr treu zur Fahne der Republik. Sie stehen heute auf dem Boden der Verfassung, die sie energisch verteidigen gegen die „hochverräterischen" Deutschnationalen. Was trennt heute im Grunde noch die deutsche Sektion der 3. Internationale von der deutschen Sektion der 2. Internationale?! Der einzige Unterschied gegenüber den Sozialdemokraten besteht lediglich darin, daß diese ungeheuerlich aussprechen, wo sie wollen und daß sie den Mut haben, offen auf der Seite des Bürgertums zu kämpfen. Die KAPD., die in ihrem Kampf gegen Bayern auf die Reaktion loszuschlagen wähnt, merkt gar nicht, daß sie dabei den Klassenkampf totschlägt — zur Freude des Herrn Stinnes und seiner Spießgesellen.

B2

Das Proletariat der ganzen Welt steht vor einer schweren, bitteren Zukunft, aus der es nur eine Rettung gibt, diesen Entwicklungsgang mit allen Mitteln und an allen Orten der Welt, in welchen Proletarier im Elend des Kapitalismus arbeiten müssen, zu durchbrechen.

Das deutsche Proletariat steht in diesem Kampfe gegen das Weltkapital auf dem vorgeschobensten Posten. Es muß den ersten und entscheidenden Schlag führen. Nicht Seite an Seite mit den deutschen Bourgeois, nein, zuerst muß es diese niederschmettern, indem es sich durch die Eroberung der Staatsgewalt in den Besitz der Produktionsmittel in Deutschland setzt.

Die Ausbeuter des Proletariats: Händler und Industrielle.

I. Die Hetzjagd nach Waren.

In der „Frankfurter Zeitung" finden wir im Handelsteil eine lehrreiche Schilderung, wie die wirtschaftliche Katastrophe, deren Ausbruch der Kursturz der Mark ist, vor allem dazu ausgenutzt wird, das Elend der Bevölkerung noch ins Unermeßliche zu steigern. Wildes Hamstern der notwendigsten Gebrauchsartikel steigert die Preise in rasendem Tempo:

„Der Kurssturz der Mark hat neben der Börsenhausse auch an zahlreichen Warenmärkten wieder eine Jagd nach Waren entfesselt, bei der die Preise maßlos in die Höhe getrieben werden. In einigen Industriezweigen, insbesondere auf dem Gebiete der Textilindustrie zeigt der Handel den Fabrikanten die Waren förmlich aus den Händen. Einkäufer durchfahren, falls wohl in Automobilen, die betreffenden Industriegebiete, um der Konkurrenz im Einkauf zuvorzukommen. Dem Händler, der sich an das Automobilstempo des Einkaufs noch nicht gewöhnt hat, kann es heute passieren, daß er nach Eintreffen mit dem fahrplanmäßigen Eisenbahnzuge in der Fabrikationsstadt von seinem Lieferanten hört, er habe die gewünschte Ware eine Stunde früher an den im Auto herbeigeeilten Konkurrenten verkauft. Bei dieser Verfassung der Märkte wird die Gelegenheit zum „Dickverdienen" reichlich geboten und reichlich ausgenutzt. Man darf sich aber keiner Täuschung darüber hingeben, daß dieses Geschäftstempo nur einen wirtschaftlichen Fiebercharakter darstellt. Je unregulärer und unbesonnener die Geschäftswelt sich jetzt dieser Jagd nach Ware um jeden Preis hingibt, desto katastrophaler werden die Rückwirkungen werden, wenn einmal durch einen Umschwung der Valuta und durch das Versiegen der inneren Kaufkraft, das den wüsten Preissteigerungen notwendig folgen muß, die Stockung eintritt."

Der Tanz ums goldene Kalb ist längst zu einem Totentanz geworden. Die „gesegneten" Zeiten der falschen Markvaluta ruinieren den Staat, aber auch das Geld, das der Kapitalist anlegt, wird sehr schnell zu Papier, das immer mehr an Wert verliert. Also geht der „wirtschaftliche Fieberzustand" ins Sinnlose weiter. Immer neue „Gewinne" werden erzielt, d. h., da sich aus der darniederliegenden Wirtschaft keine Gewinne mehr herausholen lassen, werden sie aus dem Proletariat herausgepreßt, das völlig wehrlos diesem Treiben gegenübersteht, völlig wehrlos, wenn es nur mit wirtschaftlichen Waffen zu kämpfen sucht. Die langsame, spärlichste Lohnerhöhung wird vom Automobil des Händlers eingeholt, der dem Fabrikanten die Ware aus den Händen reißt, um den Verkaufspreis zu steigern.

2. Der Reichsverband der deutschen Industrie.

Der Fabrikant selbst sorgt nicht weniger für Rettung seines Profites, für Steigerung seines Profites in dem Maße, wie die Lebenshaltung der Arbeiterschaft sinkt. Die Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie gibt darüber gute Einblicke, wie die Herren sich die Wiederaufbauarbeit im Zusammenhang mit den Reparationsforderungen denken.

Einige Aeußerungen mögen zunächst die Situation kurz kennzeichnen. Anthenau, der „Planwirtschaftler", Sozialethiker mit dem schönen Spottnamen „Jesus im Frack", bereut als Minister dieser demokratischen Republik seine gemeinwirtschaftlichen Prinzipien. „Das beste wäre alles der freien Wirtschaft zu überlassen", meint er, allerdings, die Interessen der Arbeiterschaft müßten so auch berücksichtigt werden. Er empfiehlt also die Gründung von Leistungsverbänden, zu denen sich die Industrie zusammenschließen soll, natürlich unter Beteiligung von Arbeitnehmerverbände. Obwohl diese treuen Gesellen des Kapitals doch schon oft erklärt und bewiesen haben, daß sie bereit sind, ihre Mitglieder für den Wiederaufbau — das Kapital in Deutschland und Frankreich — schuften und hungern zu lassen, sind die Herren Industrievertreter mit den Nathenauschen Vorschlägen nicht zufrieden. Im Zusammenhang damit fällt seitens des früheren Ernährungsdiktators Batocki das schöne Bekenntnis: die Wiedergutmachungen mit sogenannten Sachleistungen zu bezahlen, dürfte nicht angängig sein. Um dann fortzufahren, Verständigung von Reparationsgewinnen sei ein sehr schwieriges Problem, es sei nötig, eine „mittlere Linie" zu finden. Mittlere Linie? Das soll natürlich heißen, daß nicht nur der eine oder andere „Reparationsgewinnler" vorzeitig Gummen einsteckt, sondern, daß sie alle etwas bekommen. Die durch keinerlei soziale Forderungen beschwerten Leistungen werden statt dessen sich um so besser mit reparationsgewinnlerischen Forderungen beschweren lassen! Vor allem aber werden die Pläne auf „Erfassung der Goldwerte" einer vernichtenden Kritik unterzogen. Dr. Jordan, der Vorsitzende des ständigen Ausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie tut dies unter dem Beifall seiner Zuhörer und konstatiert weiter, daß die deutsche Industrie fest entschlossen sei, eine Steuerpolitik nicht zu dulden, die sie „wirtschaftliche Arbeit" (er meint die Profitmaschinerie) stören könnte.

Damit kommt Herr Jordan dann zu seinen Vorschlägen einer Kredithilfe an das Reich seitens der Großindustrie. Die Industrie habe sich entschlossen, ihren Auslandskredit dem Reich für die Zwecke der Reparation zur Verfügung zu stellen. Nur auf diesem Wege könne das Reich Devisen erhalten. Was heißt das? Doch ganz einfach: Beschlagnahmen lassen wir uns nicht, aber wenn ihr schön artig seid, dann sind wir so großmütig — dem Reich Kredit zu geben. Dieser ungeheure Großmut der Industrie, einen Teil ihrer Riesengewinne, die sie jetzt auf dem Wege der Bewucherung der deutschen Volkswirtschaft macht, notgedrungen als Kredite zur Verfügung zu stellen, bringt die hohen Herren über ihre eigene Großmut ganz aus dem Häuschen: die Industrie, so geht es weiter, leistet damit eine Vorauszahlung der kommenden Steuern! Das sei ein „in der Geschichte schlechthin beispielloser Vorgang"! Selbst wenn die Voraussetzung wahr wäre, wenn es sich wirklich um Steuerzahlungen des Großkapitals handelte, ist der Satz eine grobe Phrase: die Arbeiterschaft ist nämlich seit Tage und Tag dabei — seit sie sich den famosen 10prozentigen Lohnabzug gefallen läßt — ihre Steuern vorauszubezahlen! Merkwürdig, daß gerade dieser Arbeitgeberverband, dessen Mitglieder ja alle in ihren Unternehmungen diesen Abzug einkassieren, diesen Tatbestand ganz vergißt! Aber ganz abgesehen hiervon — seit wann zahlt die Großindustrie ihre Steuern?! Da sie immer die Steuern auf den Warenpreis aufschlägt, so bezahlt sie bekanntlich weder „vorab" noch „hinterher". Läßt sich also auch die großmütige Kreditbereitschaft schwer bezahlen!

Gibt es denn immer noch Arbeiter, die auf den Schwindel reinfallen? Das leider der Fall ist, hat seine Ursache lediglich darin, daß die alten Arbeiterparteien nicht den Mut für die Verkündung dieser Schwindelwahrheit haben. Die Gewerkschaftsbürokratie wird sich mit Verzweiflung in die neue Arbeit: Teilnahme am „Leistungsverband" stürzen! Die schöne neue gutbezahlte Posten werden da frei — wie schöne Gelegenheit, sich an der „Leistungsfähigkeit" der „Kollegen" (der Herren Unternehmer) in diesem Klubsesselverband zu erfreuen!

Neuer Schwindel, neue Lügen sind also schon bereit, um die Köpfe des Proletariats zu umnebeln! Neues Elend, neue Enttäuschungen werden die Folge sein!

Nur das Proletariat, das endlich erwacht, seine Bureaukratie zum Teufel jagt, zusammen mit den Schiebern, Händlern und Großindustriellen, kann Rettung bringen, denn sich selbst retten!

Die „Auflage" der Industrie

Der „sozialdemokratisch angehauchte" Professor des Direktoriums der NSDP. Kommerzienrat Felix Deutsch, hat in einer kleinen Broschüre über die Verzinsung des Kapitals in Deutschland versucht, wie er selbst sagt, die wirkliche Entwicklung festzustellen, um der „irrigen" Auffassung entgegenzutreten, daß die hohen „Dividendenziffern", die von vielen Aktiengesellschaften ausgeschüttet werden, die Vermutung aufkommen lassen (zulässige statistische Betrachtung), daß die Verzinsung des Kapitals bei weitem größer ist als vor dem Kriege. Diese Arbeit des Direktors Deutsch soll vor allem dazu dienen, den Gewerkschaftsbonzen der SPD., USPD. und AfD.-Richtungen bei Streikgesprächen und „verhandelnden" Material zu liefern, den Millionen von Gewerkschaftlern den Beweis zu erbringen, daß das Großkapital durch Dividenden „Wucherei" verdient, und in manchen Fällen „Angst vom Verluste hat." Direktor Deutsch, der schon vor etwa zwei Jahren eine ähnliche Statistik gefertigt hat, bringt jetzt eine erweiterte Zusammenstellung für 132 Gesellschaften, in welcher das Verhältnis der Ausgaben für Löhne und Gehälter, Steuern und soziale Lasten, sowie zuletzt auch die Dividenden zu einander berechnet sind. Dabei diese Berechnung haben erhalten von jeder ausgegebenen Mark:

	1920/1921	in der letzten Periode
Angestellte und Arbeiter	70,7 Pf.	84,9 Pf.
der Staat	11,7 „	11,7 „
das Kapital	11,6 „	3,4 „

Nach diesen „statistischen Feststellungen" des Preiskämpfers des Groß-Kapitals ist die Lage der Kapitalisten geradezu „beklagenswert — immerhin 3½ Prozent „lohnen wirklich nicht mehr der Mühe, kapitalistisch zu wirtschaften", d. h. für nichts etwas eingesteuern.

Es ist kaum glaublich, daß heute — nachdem die Analyse der kapitalistischen Systems durch Karl Marx bereits vor halbem Jahrhundert bekannt ist — ein Verteidiger des Großkapitalismus mit derartigen Zusammenstellungen den großen Arbeitern, „welche ihre Aufklärung" entgegentreten darf. Aber Direktor Deutsch geht noch weiter. Er faßt wörtlich dinge: „Ersteht dieses Ergebnis (schon wenig Verständnis!) so ist es beziehlich vielleicht noch besser als es sich durch die Lage der Industrie rechtfertigen läßt. Die Gesichtung läßt sich nämlich nicht abwalten, daß viele Gesellschaften von ihren solchen Prinzipien bei den Ausschüttungen und Bewertungen abzuweichen sind und erhöhte Dividenden verteilt haben, um ihren Aktionären ein Maximalzinsen für die Geldanlagerung zu bieten. Trotz man großmütige die Kurswerte der Aktien neuer Berechtigung zugrunde, so ergibt sich nur eine Verzinsung von 2,7 Prozent."

Wie man gesehen, sprickt Direktor Deutsch bei obiger Berechnung von den Prozentziffern, welche resp. Arbeit, Staat und Kapital (welche Letztere leider in Grunde genommen identisch sind) von einer „ausgegebenen" Mark erhalten haben. Merkwürdigerweise hat die „ausgegebene" Mark nichts zu tun mit den riesenhaften Beträgen, welche die Inhaber der Betriebe seit ihrem Bestehen für ihre Anlagen, Maschinen, Handwerkszeuge, Gebäude, Möbel, Kunstsammlungen usw. ausgegeben haben. Die „ausgegebene" Mark besteht sich auch nicht auf die enorme Summe für Tantiemen, Provisionen, Tagesgelder und Reisegelder der Direktoren, deren Geschäftsführung darin besteht, den Wert der Aktien zu senken und den den Proletariat gezahlten Mehrwert zu erhöhen, d. h. die Interessen der Lohnarbeiter so weit als möglich zu schädigen. Die „ausgegebene" Mark hat ferner nichts zu tun mit Zinsen und Zinsen auf gesetzmäßiges Kapital, nicht mit gezahlten Einkäufen und Verbindungsmassen, nicht mit Versicherungssummen und schließlich nicht mit Reservekapital und Prämien an Aktionären und Direktoren. Stellen Sie alle diese Ausgaben genau und sorgfältig auf, Direktor Deutsch. Die großen Gewinne der Kriegswucher Verbrechungen von marxistischen Lehren, und Sie werden selbst darüber erstaunt sein, wieviel Hundert- bis Tausend-Prozent mehr als die Zahlen der Zahlen Kapitalisten an Dividenden, Zinsen, Renten, Mieten, Tantiemen, Prämien, Provisionen usw. — in Wirklichkeit ausmachen. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiterklasse, sondern ihrer Vertretungen bekommen diese „Zinsen" den letzten Rest. Die letzte Parole ist von Berlin ausgegeben und lautet: „Weder mit dem Schiedsgericht". Der Grund, warum die Massen eine sozialdemokratische Partei mit kommunistischen Forderungen schaffen wollen. Es liegt in den Handlungen Scheidemann und der Koalitionspolitik. Die Massen sehen vor sich die Unmöglichkeit der Durchführung einer kommunistischen Wirtschaft. Aus diesem Grunde brauchen sie Parteien, die in allen Ländern eintreten für Handelsverträge, Hilfsaktion usw. Die Sektionen der 3. Internationale sind weiter nichts als außenpolitische Stützpunkte für die russische kleinbürgerlich-kapitalistische Politik. In jeder Zeit tritt dies mit aller Deutlichkeit zu tage. Die vertragschließenden Länder schreiben der dritten Internationale ihre Tactik vor. Das internationale Kapital braucht ein sich sozialistisch entwickelndes Rußland: Rußland braucht, um entwickeln zu können, das internationale Kapital.

Die Russen gehen nun daran, ihre Sektionen nach dieser Richtung zu treiben. In Rußland selbst sperrt man die Proleten, die gegen die Disziplin verstoßen, ein, also gibt dadurch, daß man dies auf dem Kongreß öffentlich sagt, der Bourgeoisie anderer Länder einen Wink.

Die Sektionen bekommen Kneuelung, die „Schreibtische" auszuschließen, die sich nicht der „Disziplin" fügen. Die versuchsweise nach der Auflösung der Russen ist die deutsche Sektion. Die Frage ist nur, wie man hier eine „gesunde" Basis schafft.

Man tut gut, hier die Tactik der Linksgruppe zu befolgen. Dort sagte vor Kurzem Heft: Die rein Gewerkschaftsinternationale ist als organisatorische Frage erledigt. Durch großen Geschick bei den „Linken" und — strikte Befolgung durch Aufgabe der Zentraltakt (siehe Halle usw.) Heut sagt: Wer nicht in die Gewerkschaften eintritt, muß ausgeschlossen werden. Durch strikte Befolgung der Zentralpraxis. Brandler sagte: „Konkrete Vorschläge zum Wiederaufbau", die „Linken" schließlich ihn ab und „machen, was betrifft. Die Auflösung der Linksgruppe wurde auf dem Kongreß als die einzig richtige anerkannt. Die Konstruktion mit dem Disziplinbruch war nur Sand in die Augen der Arbeiter.

Es besteht nur eine Schwierigkeit, dies ist die „anarchistische" Betrachtung der Proletarier.

Die Propagisten in der KPD. werden gar nicht, was vorgeht. Sie reden von einem „Schlag gegen die Partei", als Dämmig und Hoffmann austraten und sagen in ihrer Zeitungsheft Spottlieder in ihrer „Roten Fahne", gleich einem dummen Jungen, der seine Christgeschenke zerbricht, weil er Wut nicht weiß, was er machen soll. Schon werden die Mitglieder unruhig, als sie die neue Frakkionsgründung erfahren und fragen nach Klara. Klara ist krank und will ihre Ruhe haben. Die neue Fraktion sagt mit Recht, daß sie auf den Boden der Beschlüsse der 3. Kongresses steht, dazu gehört unzweifelos auch Heckert.

Die Zeit ist nicht mehr fern, wo eine neue „Kindelfront" hergestellt wird, ein neues Heidelberg mit den Beschlüssen, wo genau wie bei der früheren Spaltung, die revolutionären Arbeiter hinausgeschmissen werden, und der Inspirator wird, genau wie damals, Robert sein.

Wenn die Arbeiter in der KPD. dies nicht sehen, ist ihnen wahrlich nicht zu helfen. Aber das eine ist sicher: solange die revolutionären Arbeiter nicht den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Betrug in den Orkus werfen, und die Kraft aufbringen, selbst ihre Geschicke in die Hand zu nehmen und sich die Grundlage der KPD. zu eigen machen, wird es nichts mit der Revolution.

Die Landtagswahlen in Thüringen

Bei dem letzten Wahlgang ist die KPD. bis unter die Räder gekommen. Die Gründe sind nach der „Roten Fahne" folgende:

„Ein überaus erbitterter Wahlkampf setzte ein. Unter der verzweifelten Bekämpfung eines „Koalitionsmanöver" zwischen Deutschnationalen und Kommunisten" Rechte Parteien und Kommunisten hatten die Sozialdemokraten abgelehnt, diese, weil sie fast der Wert eine Extraso-Grundlinie haben wollten, wie die Gegner einer abwärtsgleiten Koalitionen — sagen die Sozialdemokraten und Nachfolgen mit diesem Märchen durch das Land und sie, wie auch die kapitalistischen Hilfsrichtung, Bürgs- und Stimmenparteien, die gesamtnationalen Feinde der Kommunisten, überschütteten unsere Partei mit Kübeln voll Unrat und Verleumdungen. Wenn die Kommunisten in dieser gehässigen Wahlkampagne, die antibolschewistischen Arbeitsgemeinschaft von Hilferich die Leipzigen nach über 72 000 kommunistische Stimmen nutzen konnte, so ist dies immerhin noch ein nennenswerter Erfolg. Dem kommt hoch große Schichten der Arbeiter die Unzulänglichkeit der Parteiunterstützung für die Sache des Proletariats etwas zu leisten, auf dem Wege zum revolutionären Kampfe. Kommunisten verwirklichen zu können, sich seine aktive Beteiligung für den proletarischen Klassenkampf noch tiefer einzuprägen, die sich tatsächlich in unserer Untergangsgefahr zukommt.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis zeigt folgendes Bild:

Kommunisten	72 641	Stimmen,	6 Sitze
Unabh. SPD.	110 811	„	9 „
Mehrheitssozialisten . . .	155 548	„	13 „
Demokraten	37 574	„	3 „
Landbund	127 851	„	10 „
D. Volksgenossen	109 198	„	9 „
Deutschnationale	50 809	„	4 „
Zentrum	7 894	„	0 „
Allgem. Wirtschaftsbund . .	4 216	„	0 „

Deutsch aber auch, wie können die Gegner doch so gemein sein, gerade jetzt, wo es gilt, den „revolutionären Parlamentarismus" vorzuhoffnungsvoll, Wenn ein, wie Pieck jetzt, das revolutionäre Proletariat durch Schaffung der Einheitsfront der „Aktion der 3. Internationale" zu einer vollständigen macht, so ist dies ein Zeichen von großer „Disziplinlosigkeit und Gehorsam der Einheitsfront."

Wir raten der KPD. an die Arbeiterschaft Thüringens einen „Offenen Brief" zu richten.

Aus der „Einheitsfront"

SPD.-Arbeiter für die revolutionäre Einheitsfront.

Uns geht nachstehende Resolution zu, die in diesen Tagen in einer öffentlichen Versammlung in Bochum von SPD.- und KPD.-Arbeitern einstimmig angenommen wurde:

1. Die heute in Bochum (Freie Lehre) versammelten Mitglieder der SPD. und KPD. legen feierlich den schärfsten Protest gegen die fortgesetzt spaltbarkeiten Menschenmorde der reaktionären Parteien und fordern von der Regierung sofortige strenge Maßnahmen und Bestrafung der Schuldigen. Die Bochum Hunde wird erlangt, daß die in der Bergarbeiterzeitung Bochum Gegenkommunisten bis 10 Punkte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sofort beschlossen, andernfalls wird verfahren bei die Mitglieder aus der Regierung einzuschalten haben und die Mitglieder einer Regierung aus den Reichspartalen, Mehrheitssozialisten, Demokraten, Deutschnationalen und Kommunisten sofort in die Wege leiten.

2. Wird schärfster Protest dagegen erhoben, daß die hohe Bevölkerung der nötigsten Lebensmittel wie Brot usw. sofort dahin gezogen wird, daß der Lohn die Steigerung der Lebenshaltungskosten erreicht und eine Gewährleistung des Existenzminimums gewährleistet wird, da sonst unausbleiblich die Arbeitermassen dem Hungertode preisgegeben sind.

3. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und Inhaftierten.

gez. Schneider (KPD.) gez. Schüler (SPD.)

Doch die „Rote Fahne" schimmert die SPD.-Arbeiter verfehlend, begreift wohl jeder ohne weiteres, der die Verlogenheit der KPD. kennt. Bei diesen Leuten muß man sich nicht wundern, wenn die Ein Eintritt in die „sozialistische" Regierung ebenso beräumlich, wie den Eintritt ins Parlament. Damals lautete die Parole stets: Ins Parlament gegen das Parlament! Vielleicht gibt die „Rote Fahne" Auskunft.

Kasperletheater.

Wer immer noch von der Zuschlägigkeit des Parlaments redet, ohne zu begreifen, mit welchen „Schwierigkeiten" diese Arbeit verbunden ist, der sollte doch lieber den Mund halten. Man sehe hin „Rote Fahne" und übergeuge sich:

„Die Abstimmung über das erste Gesetz der Gewerbeaufsichtsgruppe hatte ein bedeutsames Ergebnis. Genosse Dittmann hatte eingehende Abänderungsanträge der kommunistischen Partei begründet und dem Vorsitzenden schriftlich überreicht. Bei der Abstimmung erklärte der stellvertretende Vorsitzende, Bruns (SPD.), die kommunistischen Anträge nicht haben zu können, und deshalb stelle er nur die Mehrheitsvorlage abstimmen. Nachdem die Erwähnung gegen die Stimmen der Kommunisten erfolgt war, haben sich die kommunistischen Abänderungsanträge wieder her an. Bruns erklärte aber diesselben durch die vorhergehende Abstimmung als erledigt. Von der Tribüne wurde nicht ganz unbeeinflußt „Schiebung!" gerufen.

Hierauf wurde nach kurzer Debatte eine Mehrheitsvorlage angenommen, nach der die Gehälter von Magistratspersonen höheren Dienstgrades neu geregelt werden. Ebenso die Anfrage der Deutschen Volkspartei, in Sachen der Gewerbe Anträge mit gleichmäßiger Gehaltsfestsetzung vorlegen? wird."

Es ist sich lebhaftlich, daß dies gerade der KPD. passieren muß, daß ihr Antrag verloren geht. Um so mehr ist es zu bedauern, daß man die Gehälter nach kurzer Debatte regelte. Es ist bemerkbar schon ein Vorschritt, wenn die „Arbeiter" der Gewerbe lesen so begeistert werden, daß sie ihre Schmerzerbeit verwischen können.

Aufmarsch der Orgesch im Kreise Tempelhof

Ein Genosse schickt uns folgenden anschaulichen Bericht:

Am jeder hat es die Reaktion verstanden, so lange wie sie die Macht in Händen hat, feste zu feiern. Man benützt sich an diesem Zwecke alles möglichen und unmöglichen Mittelchen, und so marschierte am Sonntag, den 27. d. die Reaktion unter der Flagge des Landbundes zu einem Kreisfest auf. In der Morgenstunde nahm man Aufstellung in der Bismarckstraße zu einem Festzuge durch die Stadt. Es entrollte sich ein Bild, welches die Bischmannern von Tempelhof in üblicher Weise vor Hunderten von Jahren gesehen haben, als die Bauern in dieser Gegend auf den Knien lagen, um zu ihren Gott flehten: „Vor Kälberth und Lüberth vor Krankheit und vor Hagnotth behüt' uns lieber Herrgott." In Lampagen, Landauer und dergleichen fuhren die „hallelujahenden" Landwirte in Gestalt vollgefressener Bourgeoisfettwänste heran. Und um die armen Gutsarbeiter über ihr Elend und ihr zu Tode verurteilt Dasein — durch die Ausbeutung und Ausmarsierung die aufs Mark — hinwegzutäuschen, bekommen diejenigen, die Verständnis für diese Fest hatten", ein Programm, welches gleichzeitig als Eintrittskarte diente, „5 Mark gratis", und wurden wie die Pfingstochsen zur Schlachtbank, und mit schwarzweißroten Fahnen und Schleifen dekorierte Kutschwagen, durch die Straßen mit preußischer Marschmusik gefahren.

Welche Großzügigkeit der Agrarier gegenüber „ihren" Arbeitern aus Dank für die Jahrzehnte lange Unterjochung! Als Vorzug nahmen Offiziere a. D. und Bauernsöhne hoch zu Roß Aufstellung.

Um ½10 Uhr versammelten sich etwa 600 Arbeiter auf dem Marktplatz. Der Genosse, der gerade hier war, sprach zu den Massen und entrollte ein klares Bild dieser verkappten Festmitt rotter Fahne zogen darauch etwa 50 Personen vom Marktplatz im geschlossenen Zuge durch die Straßen. An der Dieselmarchstraße angekommen, — sprengte ein Tempelhofer Kriegerverein mit dem anzüglichen Namen „Kaiser" mit den Pferden vor, und versperrte den Demonstranten den Weg. Durch das Vorbringen der entschlossenen Schar und durch die Worte des Festleiters (Gutsbesitzer): „Lassen sie die Leute auch ihre Feste feiern", aus welchen allgemeinen mehr Angst als Nächstenliebe sprach, wich der kühne Reiter zurück. Nun ging es mit Gesang revolutionärer Lieder an den vor Wut sprudelnden Schaumvorstehern und den Arbeitern auf die nationalbekarierten Wagen mit Barrierenrufen vorbei. Auf dem Marktplatz warteten die Arbeiter bereit den Umzug des Landbundes ab. Vom „Herrn Bürgermeister" erhielten die Festlichen Polizeiorgane und herausgezogenen Bandsäger Zinnpralze „in Stelle aller Hilfe". Als sich dieselben abfällig darüber äußerten, da entgegnete der „Herr", der in die Gesellschaft gehört, die sich einbildet und sagte: „In Tempelhof können sich die Revolutionäre die Zähne ausbeißen", — „Na, die sollen nur kommen, die schlagen wir alle zu Grunde"

Der Zomm-Zomm endete auf einem Rennplatz vor der Stadt, wo man sich die nationale Wut, beim Pferderennen ausfließ, und auch dieser Tiere durch Bejubeln der Siegerpferde dieser patriotischen Wutanfälle zu vergelten sind. Am Abend folgte der letzte Aufstakt in allen drei Sälen der Stadt.

Auch in Tempelhof herrscht Not und Elend, wenn auch nicht in dem Maße wie in den Industriebezirken. Die Kinder der Proletarier kreischen in den Armen der Mütter, denen die Sterben ist das nicht mehr zu nennen. 15—20 Millionen Arbeiter sind als Kandidaten des Todes von Geldkapitalien aufgeteilt. Und auf diesen Vulkan tanzt diese Gesellschaft den Zapfenstreich, die Arbeitern zum Dank für die willige Ausbeutung und zum Lohn ihrer Not und des Elendes.

Es klein wie das Häuflein der Gegendemonstranten war, so entschlossen trat sie gegen die von Hundert Gäubewaffnetten bewachten Festmatrosen auf. Wenn die bürgerliche Presse die Indemonstranten diese Tat anschimmern, so wirkt wie das Feuer eines Kriegerhauses, der zur Ohnmacht verurteilt ist. Es wird die Presse der bürgerlichen Presse an der Macht der Tatsachen und Tatsachen in ein nicht zu leugnendes Bewußtsein der ländlichen Proletariat durch die Agrarierkreise und Polizeiorgane an der Schulte und der Abhängigkeit von Unternehmern, an der Tätigkeit des Kampfes behindert ist, so wird doch der Tag kommen, wo alle die revolutionäre Proletarier zusammenstehen werden, im Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung, die all das Elend verursacht und jedes menschliche Gefühl verletzt hat, um die Diktatur des Proletariats und die kommunistische, klassenlose Gesellschaft aufzurichten.

Kampfmethoden der KPD.

Die KPD. arbeitet neuerdings mit Methoden, an denen man die ganze politische Verwahrlosung dieser zusammengewürfelten Haufens erkennen kann. Man kann begreifen, daß angesichts des Zerfalls und des vollkommenen moralischen Bankerotts dieser Leute einfach die Verzweiflung Mittel in die Hand drückt, die sie nicht immer zurückschrecken läßt, einfach Genossen der KPD. in der schmutzigsten Weise zu verleumden. Aber die Arbeiterschaft selbst muß diesen Revolutionsschmarotzern baldigst das Handwerk legen, weil die Politik der KPD. weiter nichts ist als Brunnenvergiftung. Wer erinnert sich nicht, daß die KPD. unseren Genossen Kempin öffentlich als Spitzel denunzierte, bis sich nicht der einzige Fall.

Die KPD., elend blamiert durch ihren Brandler, denunziert diese Genossen als Spitzel, um so wenigstens zu retten, was zu retten ist. Im gegenwärtigen „Wahlkampf" sollen dieser „Massenpartei" unsere Genossen besonders auf die Nerven. Diese Denunziationsarbeit ist direkt organisiert neben den Giftgruppen. So entblödeten sich in Stützenberg in einer Arbeitslosenversammlung am Freitag den 30. September ein gewisser Kosella in Ermangelung anderer Argumente nicht, unsere Genossen Klasse dadurch in den Schmutz zu ziehen, daß er Anbeutungen machte, aus denen die Anwesenden entnehmen mußten, daß die Genossen noch einen „Nebenverdienst" haben müsse, weil sie so „gut" angezogen wäre. Und dies noch, als die Genossin gar nicht mehr da war.

Wir wollen uns nicht auf Skandalgeschichten einlassen. Die Genossen der KPD. mögen mal bei sich etwas näher oben hineinsehen. Aber den Genossen der KPD. sei gesagt, diese Drahtzieher, die einige fanatische Elemente für ihre Zwecke gebrauchen, sind in dieser korrumpierten Partei oft sehr zweifelhafter Herkunft; der Fall Banasiewicz ist ein typisches Beispiel.

Ueber den Fall Banasiewicz schreibt das „Bremer Volksblatt":

„Es ist inzwischen festgestellt worden, daß der Verfasser des betreffenden Flugblattes kein anderer ist als der für die Prawda verantwortlich zeichnende Redakteur der „Roten Fahne", Banasiewicz, derselbe Banasiewicz, der in den kommunistischen Gruppen der Bremer Arbeiterschaft den Beruf hat, den Sozialisten der Bezirksleitung als Mitglied eingeschickt, der in der kommunistischen Organisation für den Bezirk Nordwest die Geschäfte des Beisitzenden führt und der auch gleichzeitig als hellsehender Parteisekretär amtiert. Vor einigen Tagen wurde ein im Solde der Direktion der A.-G. Weser stehender Arbeiterspitzel vom Direktor Stapenfeld beauftragt, sich in eine bestimmte Gutswirtschaft zu begeben. Dort würde er einen Mann treffen, dem er eine Erkennungsfrage stellen sollte. Der Arbeiterspitzel begab sich in die bezeichnete Wirtschaft und traf dort am Tresen den ihm bis dahin noch unbekannten Ludwig Banasiewicz. Der betreffende Arbeiter hatte aber vorsichtshalber noch zwei Zeugen mitgenommen. Als er sich Banasiewicz als Beauftragten der Direktion zu erkennen gegeben hatte, ging B. mit den Leuten, da es ihm in der betr. Wirtschaft anscheinend noch nicht sicher genug schien, in eine andere Wirtschaft. Unterwegs fragte er den Arbeiterspitzel, ob die beiden anderen Leute auch sicher seien. Nachdem ihm dies bestätigt wurde, verlauschte er vorsichtshalber doch noch mit dem einen seinen Gast, bis sie in der zweiten Wirtschaft angelangt waren, setzte B. sich und schrieb das bekannte Flugblatt, in dem er sich selbst und seine anderen führenden Kollegen als Phrasenhelden bezeichnete. Dann übergab er dieses dem anderen Spitzel mit dem Auftrage, es zunächst abzuschreiben und dann zu einer bürgerlichen Druckerei zu tragen, um es dort drucken zu lassen, was dann auch geschehen ist. Als B. schließlich die Sache aber doch brenzlich vorkam, verfaßte er das heute in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Schreiben, das zunächst von dem betr. Arbeiterspitzel unterzeichnet werden sollte. Da dieser es aber ablehnte, unterzeichnete es ein Gelber, Pfingsten. Damit der erwähnte Arbeiterspitzel ihn nicht verraten könne, ging B. in seiner Angst zu ihm und rief ihm dringend, nicht aus dem Hause zu gehen, da sein Chef der Arbeiterschaft bekannt wäre und diese ihn umbringen würde. Als dieser sah, wohin die Reise ging, begab er sich zum Metallarbeiterverband und belastigte B. Weil wollte er nicht recht mit der Sprache heraus, aber den Angestellten des Verbandes gelang es schließlich doch, die ganze Wahrheit aus ihm herauszuholen. Von einem Angestellten des Verbandes wurde dann das Originalmanuskript des Flugblattes „Werktätelter hört!" unterzeichnet von der Streikleitung der 6000" aus seinem Hause geholt und B. eingeladen, zum Metallarbeiterverband zu kommen. Als B. dort erschien und den noch anwesenden beiden Zeugen gegenübergestellt wurde, erklärte er auf die Frage, ob er das ihm vorgehaltene Schriftstück geschrieben habe, einfach, ohne jede Umdrehung: „Nein, das habe ich nicht geschrieben!" Auf die weitere Frage, ob er dann nicht die beiden Zeugen, die bei ihrer Behauptung blieben, verklagen wolle, sagte er das wolle er tun. Seitdem ist er verschwunden. Man hat ihn bald darauf mit Kleidungsstücken über dem Arm in der Stadt gesehen."

Ausland

Die Weltkrise

Kritische Lage in der englischen Maschinenindustrie.

London. Die Krise in der englischen Maschinenindustrie hat sich zugespitzt. Andertheib Millionen Arbeiter werden mit sofortiger Kurzarbeit bedroht. Die Unternehmer wollen große Lohnreduktionen vornehmen, die für die noch Glückbaren bezahlten Arbeiter 12,5 Cent, für die Teilsicherbelt 7,5 Cent betragen. Die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern werden durch ein Ultimatum der letzteren unterbrochen. Die Arbeiterbrüder, für den Fall einer Zurückweisung ihrer Reduktionsvorschläge, mit sofortiger Aussperrung.

Steigen der Lebensmittelpreise — Fallen der Löhne.

Washington. Das Arbeitsdepartement gibt einen Bericht heraus, der trotz des Steigens der Löhne und die folgenden Kosten der Lebenshaltung bekanntgibt. In 600 großen industriellen Etablissements, in welchen 4 500 000 Arbeiter beschäftigt werden, sind die Löhne in den letzten 3 Monaten um 15,9 Prozent reduziert worden. Alle Anzeichen deuten auf eine weitere Reduktion der Löhne. Dagegen waren die Preise der Lebenshaltung im August höher als im Juli, wo sie schon um 9 Prozent höher waren als im Juni.

Radikalisierung der chinesischen Arbeiter.

Peking, August. Ein hier noch nie vorgekommenes Ereignis war der Nichtzustandekommen streik in China. Man faßt, daß revolutionäre Ideen unter den chinesischen Arbeitern Eingang finden. Zu ihnen gehört unter einem großen wirtschaftlichen Druck leidet, wird in der Arbeiterschaft der Ruf nach Organisierung sehr rege. Trotzdem die Regierung die Bestrebungen der Arbeiter unterdrückt, kommen die Arbeiter mit radikalen Forderungen an sie heran.

Der Streik in Rochdale.

Nach Abbruch der Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmern, die an der intransigenten Haltung der Textilbarone scheiterten, bereiten sich die Streikenden auf einen langen Kampf vor. Der Erfolg des Streiks, an dem gemäß dem Beschluß des Streikkomitees außer den Textilarbeitern die Metalle, Bau- und Transportarbeiter, ausmachend 80 000 Arbeiter, weiter teilnehmen, hängt davon ab, ob den Streikenden Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, um den Kampf Wochen und Monate lang weiterführen zu können. Der allgemeine Gewerkschaftsbund beschloß, daß jedes Mitglied 5 Franken zur Unterstützung des Streiks beitragen muß. Außerdem will sich das Streikkomitee auf dem Wege des Gewerkschaftsbundes an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wenden. Das Streikkomitee erwägt die Entfernung der Kinder aus dem Streikgebiet, die von der Arbeiterschaft Frankreichs aufgenommen werden sollen, um dadurch den Streikenden die Fortführung des Kampfes zu erleichtern. Der Gemeinderat von Roubaix, dem die Präfektur die Unterstützung der Streikenden verbot, erklärte im Falle der Aufrechterhaltung dieses Verbotes zum Zeichen des Protestes abzudanken.

Die „Demokratie" in Indien.

Bombay. Das Knebelungsgesetz und das „Gesetz zur Verteidigung Indiens" zeichnen sich dadurch aus, daß sie den Indern alle Freiheit und alle Rechte entziehen. Die werden aber trotz des einstimmigen Protestes der indischen Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft angenommen. Nach den Bestimmungen des Gesetzes kann: 1. Jeder Inder ohne Haftbefehl verhaftet und unbegrenzt lange ohne Verhandlungen in Haft gehalten werden. 2. Alles Beweismaterial bei der Angeklagte beigebringen. 3. Besitz des Angeklagte nicht das Recht, von Geschworenen gerichtet zu werden. Er hat nicht das Recht, zu appellieren, denn „kein im Sinne dieses Gesetzes erlassener Befehl darf in irgend einem Gerichtshof in Frage gezogen werden". Niemand kann für etwas zur Verantwortung gezogen werden, welches er im Sinne dieses Gesetzes getan oder zu tun beabsichtigte. 4. Braucht sich die Klagevertretung nicht an das übliche Beweismaterial zu halten (mit anderen Worten, das Zeugnis von Toten, nicht erschienenen oder nicht existierenden Zeugen, kann gegen den Angeklagten verwendet werden). 5. Dem Angeklagten steht nicht das Recht zu, einen Anwalt zu haben oder Zeugen beizubringen. 6. Die Behörde hat das Recht, „jedes Mittel" anzuwenden, um das Gesetz durchzuführen, und Gefängnisse zu erlangen. 7. Gegen den Angeklagten wird nicht öffentlich verhandelt. Ueber die Methoden des Prozesses, noch die Urteilsbegründung müssen publiziert werden. 8. Dem Angeklagten werden die Namen seiner Anklager nicht bekanntgegeben, auch wird er mit ihnen nicht konfrontiert. 9. Jede Person, auch Familienangehörige, welche mit einem früheren politischen Gefangenen verkehrt, kann verhaftet und ins Gefängnis gesperrt werden. 10. Hausdurchsuchungen bedürfen keiner besonderen Erlaubnis.

Aus der Internationale

Ansprache des Vertreters der südslawischen Gruppe auf dem Parteitag der KPD.

Liebe Genossen!

Mit Freuden nehme ich mir die Möglichkeit, den Kongreß der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands zu begrüßen und durch ihn die versammelten Delegierten, das ganze revolutionäre Proletariat Deutschlands, von dem Teil der Kommunistischen Partei Südslawiens, welcher sich in einer oppositionellen Gruppe „Revolutionäre Organisation der Kommunisten" zusammengetan hat.

Unsere Hoffnung war, mit allen linken Parteien und Gruppen auch mit der KAPD. gemeinsam einen einheitlichen oppositionellen Kern in der 3. Kommunistischen Internationale zu bilden und damit die notwendige revolutionäre Richtung zu geben.

Der Dritte Kongreß der 3. Internationale hat uns nicht nur keine Möglichkeit gegeben, an demselben teilzunehmen, sondern erklärte er die opportunistische Politik unserer Führer als seine und bewies dadurch den opportunistischen Charakter der 3. Internationale.

Der 3. Kongreß wurde von der russischen Staatspolitik und von der Politik der opportunistischen Führer der kommunistischen Parteien aller Länder beherrscht.

Nach den rein opportunistischen Beschlüssen der 3. Internationale haben die revolutionären Arbeiterparteien keinen anderen Ausweg finden können, als Gründung ihres Zentrums, den Stab des revolutionären Weltproletariats, Gründung ihrer kommunistischen Arbeiterinternationale.

Und der Moment in dem die Sitzung eures Parteitages stattfindet, ist schon besonders wichtig, weil er die Wege finden muß, um einheitlich zu sprechen mit der Sprache des ganzen Weltproletariats.

Gestattet mir noch einmal, euch zu begrüßen und durch euch das organisierte Proletariat der KAPD.! Sagt ihm, daß es nicht allein sein wird, in nächster Zukunft schließen sich die Arbeiter Südslawiens an.

Und mit euch allen rufen wir aus: Es lebe die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

Es leben die revolutionären Arbeiter der Welt.

Es lebe die soziale Weltrevolution!

Mitteilungen

Essen. Sonntag, den 9. Oktober, morgens 10 Uhr, Versammlung bei Wirt Müller, Lindecker Str. Alle KAPD.-Genossen und alle Interessierten müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Ortsgruppenleitung Essen.

Essen. Jeden ersten Sonntag im Monat Bezirksversammlung bei Wirt Blankenhagen, Ecke Harfer- und Steppenstraße. Alle Genossen zur Stelle!

Bezirksleitung Nord (Essen).

Nachruf.

Am 15. September fiel unser Genosse

Hermann Thormann.

Wir werden ihm ein liebendes Andenken bewahren.

Kommunistische Arbeiter-Partei, 10. Bezirk.

Am Freitag, den 30. September, morgens ½8 Uhr, starb nach langem Krankenlager einer unserer Besten, ein proletarischer Denker und ein Kämpfer für die proletarische Revolution, der Partei- und KD.-Genosse

Willi Prang

aus Grünau. Weit über seinen Tod hinaus wird er allen Genossen durch sein stetiges, unerschrockenes Auftreten ein nachahmenswertes Vorbild sein.

Wir erwarten zahlreiche Beteiligung bei der Einäscherung; dieselbe findet im Krematorium Baumschulenweg am Montag, den 3. Oktober, nachmittags 2 Uhr statt.

18. Unterbezirk, Ortsgruppe Grünau.

Wichtige Literatur.

	Mk.
Programm der Allgem. Arbeiter-Union	1,—
Adler: Studium zur Geschichte des Sozialismus	15,—
Bebel: Die Frau und der Sozialismus, geb.	25,—
Diezgen, Eugen: Materialismus oder Idealismus?	5,—
Dieberich: Marx Brevier	9,—
—, Lassalle Brevier	12,80
Drahn: Engels Brevier	10,—
Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, geb.	17,50
—, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie	7,50
—, Bauernkrieg	6,—
—, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	5,—
Gorter: Der historische Materialismus	6,—
Kautsky: Karl Marx' ökonomische Lehren, geb.	24,—
—, Die historische Leistung von Karl Marx	2,50
—, Der Weg zur Macht	7,50
—, Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution	8,—
Lassalle: Offenes Antwortschreiben	3,—
—, Arbeiterprogramm	2,50
Louis: Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich (1789—1912), geb.	15,—
Marx: Klassenkämpfe in Frankreich	5,—
—, Lohnarbeit und Kapital	3,—
—, Bürgerkrieg in Frankreich	2,50
—, Das Kapital, Kritik der politischen Oekonomie, geb.	50,—
—, Das Elend der Philosophie	16,—
—, 18. Brumaire des Louis Bonaparte	8,—
—, Theorien über den Mehrwert. 4 Bände geb.	125,—
Marx-Engels: Kommunistisches Manifest	3,—
Mehring: Biographie Karl Marx' geb.	22,—
—, Deutsche Geschichte	15,—
—, Die Lessing-Legende geb.	22,—
Plechanow: Anarchismus und Sozialismus	6,—
Vorländer: Marx, Engels u. Lassalle als Philosophen	7,—
Sozialistische	8,—
Karl Liebknechts Briefe	8,—
Rosa Luxemburgs Briefe	6,50
Luxemburg: Akkumulation des Kapitals, geb.	50,—
Pannekoek: Weltrevolution und komm. Taktik	2,—
—, Marxismus und Darwinismus	1,75
Lenin: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus	4,—
—, Die unmittelbare und innere Politik Sowjetrußlands	1,—
—, Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjetrußlands über Naturalsteuer	1,—
Varga: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur	3,50
Larin und Kritzmann: Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland (1917—1920)	8,50
Bussem: Die Lehren des Bürgerkrieges	2,50
Sonny: Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland?	3,—
Mackay: Guern, ein Gebilde	3,50
Kropotkin: Die Eroberung des Brotes	6,50
Sorgenfrei: Das Kapital von Karl Marx (Gemeinverständliche Ausgabe)	15,—
Radek: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches	3,—
—, Die augenblickliche Politik Sowjetrußlands geb.	5,—
Jöllj: Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft	2,—
Lenzwerk, Lexikon der Aktionäre	3,—

Romane.

Franz Jung: Proletarier geb.	3,—
—, Opferung geb.	6,—
—, Sand geb.	7,50
—, Das Trottelbuch geb.	7,50
—, Gegner geb.	7,50
—, Der Sprung aus der Welt geb.	6,—
—, Die Kanaker. Wie lange noch (2 Schauspiele)	7,50
George Grosz: Das Gesicht der herrschenden Klasse (35 Zeichnungen)	3,—

Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.

Im Verlag der KAPD. sind bisher folgende **Flugschriften** erschienen:

Nr. 1. Die Moskauer Internationale	—,35 Mk.
Nr. 2. Die Hauptfragen der revolutionären Taktik (Leitsätze der KPD)	—,40 „
Nr. 3. Die weltwirtschaftliche Politik der 3. Internationale (von Anton Pannekoek)	—,25 „
Nr. 4. Militär und Massenkampf	—,25 „
Nr. 5. Die Gewerkschaften, der Rettungsanker des Kapitalismus	—,25 „
Nr. 6. Die Erwerbslosenfrage	—,25 „

Verantwortlicher Redakteur: A. Horn, Berlin. Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Druck: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Nolte, Berlin, Mitgliedsstraße 110.

Nr. 235 — Preis 40 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Betriebsorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 40029; für auswärts: Berlin NW. 7 Nr. 105000. — Versand unter Streifband: für Berlin 5,50, nach auswärts 6,—, nach dem Ausland 9,— monatlich

Die Kontrollversammlung der Konterrevolution

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Kapital und Staat

Immer unwiderlicher wird die sogenannte Politik, immer widersinniger die Wirtschaftsentwicklung. War die Politik von jeher überwiegend ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Kräfte und ihrer wirtschaftlichen Interessen, so ist sie heute schon fast nichts weiter als seine Spiegelschieterei. Die einzigen realen Kräfte in ihr sind die inoffiziellen und offiziellen „besonderen Abteilungen bewaffneter Menschen" — Schupo, Selbstschutz, Faschisten, Besatzungsarmee, westlungarische Freischärler und die Flotten der großen Seemächte. Was Ministerien, Parlamente und parlamentarische Parteien treiben, ist nur noch reinster Humbug; in der ganzen Welt.

Auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie sagte Walter Rathenau, ehemaliger Präsident der AEG., „geistig" verlogener Salonsozialist und jetziger Wiederaufbauminister, die Frage der Reparationen müsse aus dem Bereich politischer Streitigkeiten herausgehoben und als rein geschäftliche Angelegenheit unter Geschäftsleuten vernünftig erörtert werden. Da Rathenau sehr viel weiß und sich immer nur um die Konsequenzen seines Wissens — als echter Bourgeoisie — herumgedrückt hat, wird er vielleicht auch wissen, was er mit diesem Ausspruch in Wahrheit gesagt hat.

Er hat nämlich nichts anderes damit gesagt als — an der Hand einer Einzelfrage — dies: daß der Bourgeoisie ihr alter Staatsapparat nicht mehr paßt, daß das internationale Kapital in der heutigen Situation in den nationalen Staaten und ihren Budgets ein schweres Hindernis auf seinem Wege vorfindet. Und Rathenau hat gemeinsam mit Loucheur — auch einem Geschäftsmann — einen ersten ernsthaften Versuch verabredet, wie dieser Uebelstand zu beseitigen wäre. Ueber diese Verabredung weiß man zurzeit noch nichts Genaueres als dies: daß die deutsche Industrie im Laufe von 4½ Jahren für 7 Goldmilliarden Sachlieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete liefern soll — liefern kann, wenn nämlich entsprechende Einzelaufträge von Frankreich aus gegeben werden. Der Betrag soll dann in einem längeren Zeitraum der deutschen Regierung auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden.

Es ist eine ganz große und verhältnismäßig einfache Sache, wenn einfach der deutsche Industrie die französischen Wiederaufbau-Privatfirmen direkt lieferte und nichts dafür bezahlt bekäme. (Daß die Arbeit in der Praxis von deutschen Proletariern geschafft wird und französischen Proletariern und Bauern zugute kommen soll, davon wollen wir im Augenblick noch gar nicht sprechen.) Verwickelt wird die Sache dadurch, daß die Staaten dazwischen kommen. Der Vertrag von Versailles mit allen Nachträgen, die dazu gehören, ist nicht ein Vertrag zwischen den Kapitalisten direkt, sondern zwischen den Regierungen. Die Geschichte mit den Sachleistungen wird also so, daß die Regierung die verpflichtet ist, sie aufzubringen, sie bezahlt an die Industriellen, die sie ausführen lassen. Das heißt: die deutsche Regierung muß — wenn die französische die besprochenen Aufträge gibt — neue Papiermilliarden drucken lassen, um mit ihnen die deutschen Lieferanten zu bezahlen. Das bedeutet neue Geldentwertung. (Damit neuen Betrag der doppelt und dreifach betrogenen Arbeitermassen — aber sehen wir davon ab.)

Aber das schadet nichts. Im Gegenteil: der Geheimrat Klöckner, einer der größten Geschäftsführer des Schwerkapitals, hat uns ja soeben verkündet, daß eine größere Katastrophe nicht eintreten könne als eine Besserung des Marktkurses: denn nicht die deutsche Industrie könne konkurrenzunfähig zum Export; verteilt sich, diejenige Industrie, die auf deutschen Rohstoffen hauptsächlich aufgebaut, also vom Rohstoffimport gegen teure Auslandsdevisen nicht abhängig ist.

Für die größten und rentabelsten Konzerne wird allerdings auch diese Möglichkeit mehr und mehr schwinden. Große Teile des deutschen schwerindustriellen Kapitals sind bereits in ausländischen Händen, und am Dienstag las man in der „Neuen Berliner Zeitung" glaubwürdig, daß das Ausland heute „ein Eisenbahnkäufer ersten Ranges" ist, und daß „ganz besonders oberschlesische Werke in Millionenbeträgen vom Ausland erworben werden". Es ist klar, daß solche Werke, deren Aktien und Verwaltung zu großen Teilen in ausländischen Händen sind, auch mit ihrem ausländischen Rohstoffbedarf nicht ihnen gelassen werden. Es handelt sich doch nur darum, ob bei Verarbeitung dieser (französischen oder überseeischen) Rohstoffe durch die billigen deutschen Lohnsklaven um so viel übrigbleibt, daß die höheren Transportkosten herausgeschlagen werden. Ist es um so sicherer der Fall, je mehr die entwertete deutsche Mark die Ausfuhr der Fabrikate aus Deutschland erleichtert.

Bei dieser Gelegenheit ist es im Grunde nicht mehr wichtig, nur von einer Verschiebung deutschen Vermögens ins Ausland zu sprechen; diese Periode ist überwunden. Was sich vollzieht, ist vielmehr der Anfang — erst der ganz bescheidene, tastende Anfang — einer ungeheuren Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Auswirkungen sind naturgemäß die Gebiete, in denen dieser Vorgang sich am stärksten zeigt, die Gebiete schwacher Valuta, zusammengebrochener Staatsfinanzen, gedrückter Reallöhne, also Oesterreich, Posen und Deutschland.

Die nationalen Staaten sind zwar in manchen Beziehungen noch immer die unentbehrlichen Stützen des Kapitals — vor allem durch den parlamentarischen Humbug und den Schutz des Privateigentums — aber sie werden mehr und mehr Hemmnisse dieser Entwicklung. Die Staatsfinanzen dienen gar noch immer der Ausposaunung der breiten Massen durch die Steuern — durch einen nicht leicht zu durchschauenden Apparat — aber wenn sie nicht wären, so wäre dem Kapital wohler. In diesem Sinne ist es auch ein ganz verständiger Gedanke, wenn die englische Bourgeoisie durch den Mund ihres Ministers Churchill (und durch manche Zeitungsartikel) den Vereinigten Staaten von Amerika vorschlägt, sie möchten den europäischen Ententestaaten ihre Schulden an Amerika ganz oder teilweise erlassen, und dagegen wolle England den „Besiegten" ihre Schulden entsprechend erleichtern. [illegible] wie der oben angeführte Satz von Rathenau auf die — bewußte oder unbewußte — Ueberzeugung, daß das Kapital, um wieder aufleben zu können, zuerst einmal die lästigen Fesseln der historischen Nationalstaaten sprengen muß.

Dem steht international entgegen die Tendenz zur sogen. Antidumpingsgesetzgebung, d. h. zu Maßregeln, die eine allzu billige Einfuhr der deutschen Industrieprodukte verhindern sollen. Aber abgesehen davon daß diese Maßregeln mit den unheimlichen Geschwindigkeiten der Kursentwicklung an der deutschen Börse nicht Schritt halten können sind sie auch offensichtlich der Ausdruck wirtschaftlich reaktionärer Tendenzen. Denn die Internationalisierung des Kapitals — im weiteren Sinne: die Internationalisierung der Wirtschaft — ist eine Notwendigkeit der historischen Entwicklung; die Gesellschaftsform derjenigen Industrielleen, die mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten haben, werden zeitlich zurückweichen müssen; die Schuhbedürfnisse der Arbeiter aber, die durch die deutsche Konkurrenz in England und Amerika arbeitslos gemacht werden, können innerhalb des kapitalistischen Systems überhaupt nicht mehr befriedigt werden.

In der innerdeutschen Wirtschaftspolitik zeigen sich Zeichen der gleichen Entwicklung schon lange, in der jüngsten Zeit aber besonders deutlich. Rathenau als Minister hat zwar den Staat noch nicht aufgegeben (zeweilen wohl, warum: nur mit staatlichen Hilfspolitiken in der Hand ist er seinem großen Konkurrenten Stinnes vielleicht noch gewachsen); im Rahmen der „Gleichberechtigung (der Kapitalisten) vor dem Gesetz will er für die Reparations-Sachlieferungen sogen. „Leistungsverbände" schaffen. Aber durch den Mund des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Reichert (der ein Stabenl, wie nett, Sozialdemokrat war) trat ihm in München die Schwerindustrie entgegen, und in Nr. 230 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" wird Reiherts Faden fortgesponnen: Es heißt dort:

„Man denke nur an die berüchtigten sogenannten Selbstverwaltungskörper", bei denen von Selbstverwaltung keine Spur zu finden war. Und wenn Dr. Reichert in München den Eisenwirtschaftsbund als ein abschreckendes Beispiel für „neue Wirtschaft, wie die Regierung sie auffaßt", hinstellte, so ist er damit besonders treffende Worte gesprochen. Man kann nur wünschen, daß der Reichswirtschaftsminister den Münchener Beratungen aufmerksam gelauscht ist und daß er seine neue Eisenwirtschaftsverordnung, welche eine weitere Verschlechterung der Großindustrie vorsieht, endgültig begräbt."

Und weiter: Steigerung der Sachleistungen ist gleichbedeutend mit Steigerung der industriellen Selbstkosten und diese niederum ist abhängig von Preisfestsetzung und Gewinnbegrenzung der Unternehmerinitiative. Der Höhepunkt der Offenheit aber ist der Satz: „Es besteht die Gefahr, daß die Regierung gewissermaßen die Selbstkostenfrage eine Aufmerksamkeit zuwendet, wie sie nicht bisher angetan sein kann, die Produktionsfähigkeit zu heben."

Das schwerindustrielle Blatt zieht dann sofort die praktischen Konsequenzen: „Der Kampf gegen die Zwangswirtschaft wird gewissermaßen auch weiterhin wertvolle Kräfte der Industrie abfordern, man naturgemäß dem Kampf

Der Reichskanzler und seine „Umsturzpartei"

Reichskanzler Wirth:

„Ich glaube schon heute sagen zu können, daß die Stunde gekommen ist, wo eine große Mission die Aufgabe, der Rettung vor dem Untergange unternehmen müssen für diejenigen, die nicht mehr im Produktionsprozeß stehen, die nur über ein beschränktes Einkommen auf Grund einer Lebensarbeit verfügen, sei es, indem es aus Kapital, sei es aus Renten fließt. (Bravo. Zurufe durch die K.: Die Arbeitslosen.) Dazu gehören auch die Arbeitslosen.

Wir gewähren auch denen Freiheit, die ein kommunistisches Ideal auf demokratischer Grundlage durch Arbeit innerhalb der Volksgemeinschaft erstreben. (Lachen rechts.) Wundern Sie sich darüber, daß im neuen deutschen Volksstaat sowohl der Nationalist, der verstiegene Idealist sich sammeln darf, als auch der andere, der einer weltfremden Theorie nachhängt."

Zetkin, KPD.:

„Klarig mit der Wirkung der Reichstagsverhandlungen sind wir in der Notstellung, daß die Massen gerichtet werden sind. Wir wissen, daß diese Massen ausschließlich aus Angehörigen der Bourgeoisie bestehen, daß sie die Bourgeoisie, die Kapitalistische Republik ist und nicht die rote Diktatur des Proletariats. Wir wissen, daß diese Massenbewegung ausgebeutet werden soll auf die einschlägigen Situation in der mittelständischen Massenbewegung. Wir fordern die Anwendung der Amnestie auch für Max Hölz.

Max Hölz war ohne Zweifel ein aufrechter, revolutionärer Kämpfer, der sich politisch für die Befreiung der ausgebeuteten Massen eingesetzt hat. Die Kommunisten sind weit davon entfernt, die Auffassung von den Methoden und Mitteln seines Kampfes zu teilen und zu rechtfertigen. Wir erklären in den Beschlüssen unserer Partei, daß Mittel des revolutionären Klassenkampfes, individuelle Terror kann den revolutionären Klassenkampf nicht ersetzen noch ihn einleiten, auslösen, folgenden oder irgendwo Reform. Wir wissen, der Kampf unter Umständen tödlichkeit mitbringen. Wir wollen aber — es ist sehr persönlich schwer, es zu sagen — auch unter Umständen hat keine Strafe, keine Buße, keine Kerkerstrafe, keine Zuchthaus, keine Todesstrafe, keine Amnestie nicht gelten soll für die Verbrechen, die im Zusammenhang mit Bestrafungen verübt worden sind, die Menschen aber die Militärdiktatur, aber aufgehoben."

Der unbefangene Leser wird vielleicht denken, daß bei den vorstehenden Reden die Ueberschriften vertauscht sind, daß es hier nicht der Fall, Industriellen in Aufbindungs, daß der Reichskanzler im „revolutionären Parlamentarismus" viel besser kann als die KPD., daß er diese einfach in den Schatten stellte.

Wenn dem Reichskanzler der Stinnesrepublik solche Worte entschlüpfen, so kann man an ihnen trotzdem die Angst vor dem tabellenden Proletariat deutlich erkennen. Denn, daß die [illegible] für die sich Wirth zum Aerger der KPD. als Erwerbslosenrat aufwirft, zum Untergang verurteilt sind, darüber ist sich Wirth vollkommen klar. Die Frage ist nur: Wie kann man diese „Meute" durch einen dazwischengeworfenen Brocken ablenken, damit sie keine Gefahr für „die Republik" werden.

Wer angesichts solcher „sozialen Gesinnung" ein Haar darin findet, daß die „revolutionäre Massenpartei" für solche Republik unterstützt, der ist eben kein Marxist, und kann noch viel weniger in der Frage der großen Politik mitreden. Wer daran zweifelt, daß die Zuhörerin gegen Max Hölz vor diesem „hohen Hause" ehrlich gemeint sind, wer daran zweifelt, daß es Klara Zetkin und ihre Partei ernst ist, eine Massenbewegung zu formieren gegen die Sozialimperialisten, trotzdem sie die größte Sicherheitsfrist ist, die man sich denken kann, der muß auch Zweifel hegen daran, daß in diesem „hohen Hause" die leidenschaftlichen Kontrevolution [illegible] war, zum Schutze der kapitalistischen Republik, gegen das revolutionäre Proletariat.

Diese Zweifel dürften endgültig beseitigt sein.